

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.

Aufschrift für Drahtnachrichten.
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.

Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg.

Nr. 19

Bezugspreis: vierteljährlich 2.40 M.,
monatlich 80 Pfg. mit Frangierlohn; durch die
Post 2.25 M. bzw. 75 Pfg. ohne Postgebühren.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wegfallen.

Hachenburg, Donnerstag den 24. Januar 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechspaltige Zeitungszeile oder deren
Raum 20 Pfg., die Reklamezeile 60 Pfg.

10. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

22. Januar. Ostlich von Vorn lebhaftere Tätigkeit der
Kavallerie. — In den Argonnen werden vorstoßende fran-
zösische Kompagnien im Nahkampf abgewiesen.

Halbe Worte.

Lord George scheint sich in etwas wehleidiger
Stimmung befinden zu haben, als er Ende der vorigen
Woche eine Art Frage- und Antwortspiel mit den britischen
Arbeiterführern veranstaltete, um deren immer unwilliger
werdenden Gefolgshaft die Notwendigkeit weitgehender
neuer Kriegssopfer schmerzlos beizubringen. Ausdehnung
der Dienstpflicht bis zum 55. Lebensjahr, steigende Ein-
griffe in das freie Wirtschaftsleben, Nationalisierung der
wichtigsten Nahrungsmittel bei zunehmender Knapp-
heit der Vorräte und unheimlichem Anschwellen der
Preise — das sind allerdings harte Zumutungen in Hülle und
Fülle. Also muß man wenigstens zeigen, daß man trotz-
dem ein umgänglicher Mensch geblieben ist und mit billigen
Redensarten nicht zu sparen gedenkt. So ließ der Minister-
präsident sich von den Gewerkschaftsführern in ein regel-
rechtes Verhör nehmen: über Gott und die Welt, über
Krieg und Frieden, über Schuld und Sühne, und endlich
schließlich seine geduldbigen Zuhörer mit dem frommen
Wunsche, daß sie nun der reich gewordenen Weisheit voll
hinabsteigen möchten in ihre Kreise, und daß es ihnen
wohlergehen möge für und für. Kein Zweifel, er ist ein
gottgeleiteter, ein wahrhaft guter Mensch, dieser Mr. Lord
George!

Aber sehen wir uns einige seiner Trostsprüche etwas
näher an. Wie steht's mit Elia-Lotbringen, hoher Herr?
wurde er gefragt. Er hatte das letzte Mal etwas von
„Wiedererwägung“ gemurmelt, und die Arbeiter waren
der Meinung, daß man sich auf dieses allernueste Schlag-
wort keinen rechten Vers machen könnte. Aber ich bitte
Euch, lautete die Antwort, ich habe mich doch „ganz
deutsch“ ausgedrückt. Wir wollen doch den Franzosen
beistehen, nicht wahr? Nun überlegt mir, ihnen handelt es
sich hierbei nicht etwa um eine Gebietsfrage, Gott bewahre;
über 40 Jahre lang mußte das arme Volk sich mit dieser
offenen Wunde herumschleppen und es ist fest davon über-
zeugt, daß es keinen Frieden mit Frankreich gibt, bis
diese Frage ein für allemal geregelt ist, es sei denn, daß
man eine ganze Reihe von Kriegen über Europa herauf-
beschwören will. Also muß das französische Volk selbst
entscheiden, was in dieser Beziehung zu geschehen hat,
und wir haben ihm beizustehen. Ist das nun „ganz
deutsch“ oder nicht vielmehr ein ziemlich ungewisses Halb-
dunkel, indem man die wahre Meinung des Premierministers
kaum erkennen kann? Soll also Elia-Lotbringen an Frank-
reich zurückgegeben werden, mit oder ohne Volksabstimmung?
Soll, wenn es nicht zurückgegeben wird, sonder: zurück-
geholt werden muß, der Krieg so lange fortgesetzt werden,
bis England die militärische Dienstpflicht bis zum
70. Lebensjahr ausdehnen muß? Soll auf diesem Kriegs-
ziel auch dann unbedingt bestanden werden, wenn es klar
wird wie die Sonne, daß das deutsche Volk sich nie und
nimmer bei dieser Waffenentscheidung beruhigen, daß also
Europa dann ganz gewiß in eine Reihe von Kriegen
verwickelt würde, während doch jetzt alle Welt das
Idealist des ewigen Friedens verwirklichen möchte?
So viele Fragen, so wenig Antworten — Lord George
erzählte den Arbeiterführern nur noch, was ihm
einmal eine Witzefrau gesagt hat, als er in
grauer Vergangenheit eines Abends die Vögel über-
schritt, und versichert, es bestehe kein Zweifel, daß die
absolute Mehrheit der wirtlichen Bevölkerung des
Landes die Rückkehr unter die französische Flagge wünsche.
Damit war für ihn und für seine Hörer die Frage er-
ledigt. Ach ja, auf dem Papier und im vertrauten
Kammerlein läßt sich leicht „wiedererwägen“ und
sonar erobern, aber in der rauhen Welt der Tatsachen sehen
die Dinge denn doch ganz anders aus. Lord George
weiß wohl, warum er die volle Bürde der Verantwortung
hier auf die französischen Schultern schiebt, und warum
es klüger ist, sich um die volle Klarheit mit halben Worten
herumzudrücken.

Oder: die Freiheit der Meere, was sollen wir uns
darunter eigentlich vorstellen, fragten seine Zuhörer. Ja,
erwiderte der Meister, ich möchte auch gern wissen, was
dieses Wort bedeuten soll. Haben wir uns darunter die
Freiheit von U-Booten zu denken oder die Ausbungerung
dieses Landes? Wir sind eine Insel und müssen mit der
größten Sorgfalt unteruchen, was unsere Fähigkeit,
unsere Verbindungslinien über See zu beschützen,
beeinträchtigen könnte. Die Freiheit der Meere ist
ein sehr elastischer Begriff: unter Umständen könnten
wir ihn sehr gern annehmen, aber jeder Versuch
einer Störung unseres Küstenschutzes und unserer Schifffahrt,
die allein uns bis jetzt ermöglicht hat zu existieren, müßte
natürlich sofortigst verbietet werden. Ist das nun auch
„ganz deutsch“ ausgedrückt? Höchstens insofern, als auch
hier wieder der altbekannte Grundbiss hervorleuchtet: was

England wohlbekommt, ist gut und edel, andernfalls
muß es bekämpft und jedermann, der sich zu ihm
bekennt, als ein verworfenes Subjekt der allge-
meinen Verachtung preisgegeben werden. Wenn
wir also mit der Freiheit der Meere eine weitere
Sicherung unserer maritimen Existenzbedingungen
erreichen können, gleichviel ob darüber andere Nationen
zugrunde gehen, dann sind wir Engländer natürlich für
sie zu haben — sonst nicht! So meint es Lord George,
er sagt es nur nicht so. Die Arbeiter könnten an der
Prinzipalität dieses Standpunktes doch einigen Anstoß
nehmen, also ist es besser, sich auch in dieser Frage etwas
diplomatisch auszudrücken. Wenn sie nur der Regierung
des Krieges weiter Gefolgshaft leisten; das ist das Haupt-
ziel, auf das allein es ankommt.

Wir aber denken an das altprobierte Sprichwort, daß
halbe Worte so viel wert sind wie eine ganze Lüge. Und
wir wissen, woran wir in Wahrheit sind mit Herrn Lord
George und seinem scheinheiligen Frage- und Antwortspiel.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die politische Aussprache im Hauptausschuß des
Reichstages wird nach einer Vereinbarung zwischen der
Reichsleitung und den Parteiführern wahrnehmlich am
Donnerstag wieder aufgenommen werden. Mit der lange
angeforderten Rede des Reichstagslers rechnet man für
diesen ersten Tag der Verhandlungen. Herr von Kühl-
mann, der für die Dauer der Verhandlungspause in Brest
nach Berlin zurückgekehrt ist, soll die Absicht haben, sich
mit den Parteiführern über die Aussichten und bisherigen
Ergebnisse der Verhandlungen zu unterhalten. Möglicher-
weise wird er auch im Hauptausschuß erscheinen.

Bei der Reichstagswahlwahl im Wahl-
kreis Vanders (6. württembergischer Reichstagswahlkreis)
Reutlingen-Rottenburg-Tübingen fielen auf den Kandidaten
der fortschrittlichen Volkspartei, Landtagsabgeordneten Be-
zirks-Notar Schneef (Tübingen) bei 16 886 Wahlberechtigten
4421 Stimmen. Die Nationalliberalen, die Konservativen,
der Bund der Landwirte und das Zentrum hatten ihren
Wählern unter Wahrung des Burgfriedens Wohlhaltung
empfohlen. Die Sozialdemokratie hatte die Wahl frei-
gegeben.

Verschiedentlich sind schon Maßnahmen gegen
Landkäufe von Nichtlandwirten, die besonders von
solchen Leuten gemacht werden, die größere Kriegsgewinne
ermorben haben, gefordert worden. Während bisher hier
und da einzelne Generalkommandos eingegriffen, beschäftigt
sich auf Anregung des Landtages die mecklenburgische Re-
gierung mit der Prüfung gesetzgeberischer Maßnahmen.
Es ist ferner angeregt worden, im Wege der Reichsgesetz-
gebung einen Teil des beim Spekulationen Besitzwechsel er-
zielten Gewinnes für die Reichskasse in Anspruch zu
nehmen. Dabei würden sich indes mancherlei Schwierig-
keiten ergeben, so daß mit einer reichsgesetzlichen Regelung
der Frage wohl kaum gerechnet werden kann.

Eine Vorlage über die Reform des Gemeindevahl-
rechts in Preußen wird entsprechend den Erklärungen
des Vizepräsidenten des Staatsministeriums Dr. Friedberg
und des Ministers des Innern Dr. Dreus wahrnehmlich
nach dem Kriege dem neuen Landtage zugehen. Wie ver-
lautet, wird sie in erster Linie das geheime Wahlrecht für
Stadt- und Landgemeinden bringen. Ferner ist ein ab-
gestuftes Wahlrecht vorgesehen, das gewisse Rücksichten auf
den Besitz nimmt. Auch die Sekundarität wird besondere
Berücksichtigung finden. Das Hausbesitzerprivileg soll nicht
beibehalten, aber stark beschränkt werden. Endlich wird auch
die Selbstverwaltung auf einzelnen Gebieten eine Er-
weiterung erfahren.

Im preussischen Abgeordnetenhaus gelangten Dienst-
anträge aus dem Hause zur Verhandlung, so u. a.
über die Vorkursen bei höheren Schulen. Gefordert wird
die Abstellung des Abfalls, daß die Vorkursen bei der
Aufnahme in die höheren Schulen besser gestellt werden
als die Schüler aus Volksschulen. Ein etwas abgeschwächter
Ausschuß-Antrag wird angenommen. Weitere Anträge
über die Begründung eines Schiffschulungsinstituts und
über Regelung des Haltetinderwesens gelangten zur Be-
sprechung.

Die Erfassung der Kriegsgewinne beschäftigte den
vom Hauptausschuß des Reichstages eingesetzten Unter-
ausschuß. Insbesondere handelte es sich um die Kriegs-
gewinne der Exporteure. In der Besprechung stellte
Unterstaatssekretär Dr. Göppert die Abereinrichtung dar-
über fest, daß die Kriegsgewinne möglichst für das Reich
in Anspruch genommen werden sollen. Ein Vertreter des
preussischen Handelsministeriums sprach über die Höhe
der Kohlenausfuhr und die dabei entstehenden Einnahmen
und Gewinne. Ein Zentrumsantrag auf scharfe Erfassung
dieser Kriegsgewinne wurde angenommen.

Die Landfrauen-Tagung in Berlin war aus allen
Teilen des Reiches gut besucht. Präsident v. Waldow ge-
dachte dankbar der stillen, tapferen Landfrauenarbeit. Es
gelte jetzt die Zusammenfassung aller Kräfte für den letzten
Anstrengung. Unterstaatssekretär Müller wies darauf hin,
daß für den Ausmarsch des Krieges die Durchführung der

Volksernährung von entscheidender Bedeutung sei. Wenn
der Hungerfrieden vermieden werden soll, so müssen alle
ganz gleichmäßig, Erzeuger und Verbraucher, sich Ein-
schränkungen auferlegen. Es folgten Vorträge über Er-
nährungsfragen, über die dann die Landfrauen in ihrer
Heimat sprechen sollen.

Osterreich-Ungarn.

Bei dem Wiederzusammentritt des österreichischen
Abgeordnetenhauses gaben die deutschnationalen Abgeord-
neten Böhmens die Erklärung ab, sie wünschten die Lösung
der deutschen Teile des Königreichs Böhmen und die Ver-
einigung dieser Teile zu einer selbständigen österreichischen
Provinz „Deutschböhmen“. — Damit wird eine alte
Forderung erneuert, die von den Deutsch-Nationalen wieder-
holt gestellt wurde, von den Tschechen aber immer bekämpft
worden ist.

Frankreich.

Der Streit für und wider Caillaux nimmt immer
leidenschaftlichere Formen an. Die Blätter der Rechten
beschuldigen Clemenceau einzulernen, und es hat den An-
schein, daß Clemenceau tatsächlich entschlossen ist, der Unter-
zeichnung eine Wendung zu geben, die Caillaux günstig ist.
Im übrigen bleibt bestehen, daß die Nationalisten noch
immer gegen Caillaux kämpfen, daß sie andererseits aber seine
Enttarnungen fürchten.

Schweiz.

Das Militärdepartement hat den Entwurf zur
Schaffung eines Arbeitsamtes für Bodenverbesserung
fertiggestellt. Zu den Arbeiten sollen herangezogen werden
Arbeitslose sowie fremde Deserteure, Refraktäre, schweizer-
ische Landsturmmänner und Hilfsdienstpflichtige. Fremde
Deserteure und Refraktäre werden zu besonderen Arbeits-
kompagnien vereinigt unter der Leitung von schweizerischen
militärischen Vorgesetzten. Zivildienstpflichtige sollen mit
einen Ausnahmen alle Schweizer und Schweizerinnen
vom vollendeten 14. bis zum zurückgelegten 60. Altersjahr
sein, wobei insbesondere alle jene Personen zum Zivil-
dienst herangezogen werden, die aus der Landwirtschaft
hervorgegangen, aber seit längerer Zeit zu einer anderen
Beschäftigung übergegangen sind. Beim Aufgebot zum
Zivildienst soll auf Lebensalter, Familienverhältnisse,
Wohnort, Gesundheit und die bisherige Tätigkeit der Zivil-
dienstpflichtigen Rücksicht genommen werden.

Großbritannien.

Die Lebensmittelkrisis in England, die die Re-
gierung vergeblich zu beschönigen sucht, macht sich mit
jedem Tage schwerer bemerkbar. Die Zeitungen bringen
Beispielen, aus denen hervorgeht, daß man nicht nur die
deutsch-österreichisch-ungarische Offensive und die Radikali-
sierung des Landes, sondern mehr noch die immer deut-
licher aufsteigende Gefahr einer Hungersnot fürchtet. Dazu
kommt, daß weite Arbeiterkreise mit dem neuen Aus-
behaltungsgebot unzufrieden sind. Sie drohen mit dem
Generalkstreik, falls bis zum 31. Januar das Gesetz nicht
zurückgezogen wird. — In Manchester ist bereits der
Generalkstreik verkündet worden. Die Arbeiter verlangen
Zwangsrationalisierung und gleichmäßige Verteilung der
Lebensmittel.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 22. Jan. Auf Grund des Artikel 6 der Verfassung
des Deutschen Reichs ist der Vizepräsident des Staatsmini-
steriums, Staatsminister Dr. Friedberg zum Bevollmächtigten
Preußens zum Bundesrat ernannt worden.

Berlin, 22. Jan. General v. Löwenfeld, der stellver-
tretende Kommandierende des Garde-Korps, wurde der
Deutschen Zeitung zufolge, zur Disposition gestellt. Als Nach-
folger ist General v. Nitschoten bestimmt.

Wien, 22. Jan. Minister des Äußeren Graf Czernin
ist gestern abend aus Pest-Litovitz eingetroffen.

Konstantinopel, 22. Jan. Die Aufhebung des Be-
lagerungszustandes wird von der türkischen Presse mit
großer Genugtuung begrüßt.

Stockholm, 22. Jan. Die früheren Mitglieder des Kabi-
netts Åkerström, Tschingarew und Kotschkin sind im
Vetersburger Marinehospital von eindringenden Bewaffneten
ermordet worden. Auf den Volkskommissar Uriski wurde ein
Attentat verübt. Uriski wurde am Ohr verletzt.

Bern, 22. Jan. Ein Erlass des italienischen Reichs-
verweisers ordnet einen großen Präsekteurwechsel an.

Bern, 22. Jan. Wie der „Temps“ aus Tokio berichtet,
soll in Beijing am 12. Januar ein Vertrag unterzeichnet worden
sein, nach dem Japan sich verpflichtet, China Waffen im
Wert von 14 Millionen Pfund Sterling zu liefern.

Paris, 22. Jan. Der Senat ist als Ausnahme-
Gerichtshof zusammengesetzt, um über den früheren Minister
des Innern Malov zu urteilen.

Tokio, 22. Jan. Eine britische Anleihe von 100 Mil-
lionen Yen soll in Japan untergebracht werden.

Ein russischer Nationalkonvent.

Drohender Bürgerkrieg.

Nachdem die Gesetzgebende Versammlung aufgelöst
ist, fehlt es nicht an Versuchen der gemäßigten Elemente,
eine neue Versammlung zustande zu bringen, um dem
Willen der Volksmehrheit Ausdruck zu geben. Die Marx-
malisten wissen aber jeden solchen Versuch zu verhindern.

Lenin erklärte, es würde der Verfassunggebenden Versammlung nicht gestattet werden, noch einmal zusammenzutreten. In ihrer erneuten Berufung bedürfe es eines Beschlusses des nächsten Kongresses aller russischen Soldaten, Arbeiter- und Bauernräte. Die Konstituante werde durch den Nationalkongress ersetzt, den der bevorstehende Kongress der Sowjets wählen werde.

Die Gegner Lenins und Trozki werden sich dabei nicht scheiden. In verschiedenen Stadtteilen Petersburgs kam es zu blutigen Zusammenstößen, bei denen rund 300 Personen getötet oder verwundet wurden, darunter auch ein Abgeordneter. Es wird immer klarer, daß ein Bürgerkrieg zwischen den Maximalisten und den gemäßigten Elementen unvermeidlich ist.

Ein denkwürdiges Schriftstück.

Der Erlass, der die Auflösung der Konstituante verfügt, ist eines der seltsamsten Schriftstücke, die seit der Oktoberrevolution erschienen sind. Es heißt darin u. a., daß nur die Massenorganisation der ausgebeuteten Klassen fähig ist, den Kampf für die politische und wirtschaftliche Befreiung zu führen. Es heißt dann weiter: Im Laufe der ganzen ersten Periode der russischen Revolution haben sich die Sowjets vermehrt, sind gewachsen und erstarkt, indem sie aus eigener Erfahrung die Illusion des Einverständnisses mit der Bourgeoisie, die Falschheit der Formen des bourgeoisierten, demokratischen Parlamentarismus erlebten und praktisch zu dem Schluß kamen, daß die Befreiung der unterdrückten Massen ohne Bruch mit diesen Formen und jedem Einverständnis unmöglich ist. Jede Abgabe vor der Vollständigkeit der Macht der Sowjets, vor der durch das Volk eroberten Sowjetrepublik zugunsten des bourgeoisierten Parlamentarismus der Verfassunggebenden Versammlung wurde jetzt ein Schritt zurück und der Vortritt der ganzen Oktoberrevolution der Arbeiter und Bauern sein. Die Partei der Mehrheit der Verfassunggebenden Versammlung, die rechten Sozialrevolutionäre und Minimalisten führen einen offenen Kampf gegen die Sowjetmacht. Es ist klar, daß der übriggebliebene Teil der Verfassunggebenden Versammlung auf Grund dessen nur eine Rolle des Verdeckens des Kampfes der bourgeoisierten Gegenrevolution zur Störung der Macht der Sowjets spielen kann. Deshalb verfügt das Zentralausführungs Komitee, die Verfassunggebende Versammlung aufzulösen.

Beschlagnahme des rumänischen Kronschatzes.

Der Rat der Volksbeauftragten hat die Beschlagnahme des bei den Moskauer Banken hinterlegten Teils des rumänischen Kronschatzes angeordnet. Außerdem wurden in Moskau die rumänischen Kronwahlen, die letzterzeit von Jasso dorthin geschafft worden waren, beschlagnahmt. Die Königin von Rumänien, die sich vorübergehend in Kischinew aufhielt, ist nach Jasso geflüchtet.

Neue Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Amtliches über die Einigung mit der Ukraine.

Brest-Litowsk, 22. Januar.

Die deutsche Kommission für wirtschaftliche Angelegenheiten hat ihre Besprechungen mit den russischen Vertretern gestern fortgesetzt. Die Vorarbeiten für die weiteren wirtschaftlichen Kommissionsberatungen wurden einer Subkommission überwiesen, die bereits ihre Arbeiten aufgenommen hat.

Gestern und heute haben auch die ersten offiziellen Beratungen der deutsch-russischen Rechtskommission stattgefunden. Es wurden im einzelnen behandelt und formuliert: die Beendigung des Kriegszustandes sowie die Wiederherstellung der diplomatischen und konsularischen Beziehungen, die Entschädigungsfrage und die Wiederherstellung der Staatsverträge.

Gegenwärtig wird über die Wiederherstellung der Privatrechte verhandelt.

Die Verhandlungen mit der Ukraine.

Das L. und L. Telegr.-Korresp.-Bureau gibt jetzt den Wortlaut der zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn einerseits und der Ukraine andererseits getroffenen Vereinbarung, deren gleichzeitige Veröffentlichung beschlossen wurde:

Die bisherigen Verhandlungen, die zwischen den Delegationen der Mittelmächte einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits geführt worden sind, haben das Ergebnis gezeitigt, daß begründete Hoffnung besteht, über die Grundlagen eines abschließenden Friedensvertrages Einigung zu erzielen. Mit Feststellung der wesentlichen Grundzüge des Friedensvertrages sind die Verhandlungen an einem Punkte angelangt, der es den Delegationen zur Pflicht macht, mit den heimischen verantwortlichen Stellen in Fühlung zu treten. Ein Teil der bevollmächtigten Vertreter sieht sich veranlaßt, diesen Stellen persönlich über den Gang der Verhandlungen Bericht zu erstatten, und deren Zustimmung zu dem Vereinbarten einzuholen. Alle Delegationen sind darüber einig, daß die hierdurch notwendig werdende Auslegung der Verhandlungen so kurz als möglich bemessen sein soll. Sie haben sich daher zugesagt, sofort nach Abschluß ihrer Besprechung in der Heimat wieder in Brest-Litowsk zusammenzutreten.

Der Exekutivsausschuß in Charkow entsandte drei Mitglieder nach Brest-Litowsk, die von der russischen Delegation als Vertretung der Ukraine anerkannt und als Mitglieder der russischen Delegation aufgenommen wurden. In einem Schreiben an die Delegationen der Mittelmächte macht Joffe von der Entscheidung und der Aufnahme dieser neuen Mitglieder Mitteilung. In dieser Erklärung wird gesagt, daß das ukrainische Volk der Arbeiter, Soldaten und Bauern die Zentralrada in Kiew nicht als seine Vertretung anerkennen könne und die Zustimmung zu getroffenen Vereinbarungen ablehne. Die Mittelmächte haben sich in ihrer Antwort darauf beschränkt, von dieser Mitteilung Notiz zu nehmen.

Konflikt zwischen Trozki und der Ukraine.

Nach einer Meldung aus Brest-Litowsk ist es zu einem Konflikt zwischen der russischen und ukrainischen Delegation gekommen, weil letztere unabhängig von den russischen Rameden verhandelte und sie nicht vom Verlaufe der Verhandlungen in Kenntnis setzte. Infolgedessen erklärten die Russen, daß die ukrainische Delegation nicht mehr die Republik Ukraine vertrete, und sie wandten sich an den neuen Exekutivsausschuß in Charkow.

Der Generalfreist in Österreich.

A.-d. Berlin, 22. Januar.

Die letzten Tage haben Österreich-Ungarn in einer fesselnden Verfassung gesehen. In einer kleinen Munitionsfabrik der Wiener Neustadt brach ein Streik aus, weil die Arbeiter mit ihrer Lebensmittellieferung unzufrieden waren. Ein an sich wenig aufregendes Vorkommnis in diesen Zeitläuften. Aber bald debattierte sich die Arbeitseinstellung auf andere Wiener Werke, endlich über ganz Wien und große Teile von Österreich und Ungarn aus. Anscheinend handelte es sich überall um Ernährungsfragen, die ja im Mittelpunkt des Interesses standen, weil die Mehrheit mit echt österreichischer Blödsinnigkeit herabgesetzt worden war. Als dann aber die Hunderttausend durch den Mund ihrer gewählten Vertreter zur Regierung sprachen, stellte es sich heraus, daß die Bewegung eine durchaus politische Grundlage hatte.

Vier Forderungen der Arbeiter wurden laut: Amnestionslocher, wenn irgendmöglich allgemeiner Friede, der Anteil der Selbstversorgung an der Nahrungsmittelproduktion soll im Interesse der Allgemeinheit eingeschränkt, die Reform des Gemeindefinanzrechts gefördert und die Militarisierung der Betriebe aufgehoben werden. Arbeiterschaft und große Teile des Bürgertums standen geschlossen zusammen, um diese Forderungen durchzusetzen, oder wenigstens entsprechende Erklärungen von der Regierung zu erlangen; die Wiener Kriegsindustrie ward stillgelegt, der Straßenbahnverkehr eingestellt und sogar die Besucher des Opernhauses wurden zur Heimkehr gezwungen — die Vorstellung fiel aus. Die Zeitungen erschienen nicht.

Die Kundgebungen sind friedlich verlaufen und haben nach den vorliegenden Stimmen der Arbeiterreihe zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Die Regierung erklärte, daß Graf Czernin bestrebt sei, einen allgemeinen Frieden ohne Annexionen herbeizuführen, daß er von Ausland kein Gebietsabtretung fordern und den Völkern anheimgeben werde, ihr Verhältnis zu Österreich-Ungarn selbst zu regeln. Die sozialdemokratische Forderung hinsichtlich der Ernährungsfragen soll erfüllt und die Demokratisierung des Gemeindefinanzrechts mit dem Frauenstimmrecht durchgeführt, schließlich soll auch die Militarisierung der Kriegsbetriebe und das Kriegsdienstleistungsgesetz aufgehoben werden. — Damit ist der Friede zwischen der Regierung und der gemäßigten Arbeiterschaft geschlossen.

Es handelt sich zumeist um innerösterreichische Dinge, die uns nur insoweit interessieren, als sie die Stimmung bei unseren Bundesgenossen widerspiegeln. Daneben aber sind doch auch Fragen mit den Kundgebungen und ihren Ursachen verknüpft worden, die unser Lebensinteresse betreffen. So wurde in den Verhandlungen zwischen der Regierung und den Arbeiterführern heftige Kritik an dem Austritt unserer militärischen Unterhändler in Brest-Litowsk geübt und die Meinung vertreten, es handle sich für Deutschland um die Durchsetzung verschleiierter Annexionen; für die österreichisch-ungarische Soldaten nicht weiterkämpfen wollen; Es ist möglich, demgegenüber auf die wiederholten Erklärungen unserer Staatsmänner zu verweisen.

Das Kabinett Seidler hat den Sturm beschworen, er bleibt im Amt, weil die Arbeiterschaft das Versprechen hat, daß in diesen kritischen Tagen die äußere und innere Politik der Monarchie festgelegt worden ist. Das Ausland läßt sich, wenn es glaubt, daß die Völker Österreichs und Ungarns nicht entschlossen seien, den Verteidigungskrieg weiterzuführen. Nur der Begriff "Verteidigung" ist einen Augenblick schwankend geworden. Wir aber in Deutschland erinnern uns, daß Graf Czernin vor nicht allzu langer Zeit im Reichstag erklärt hat: "Wenn mich jemand fragt, ob wir für Elsaß-Lothringen kämpfen, so antworte ich Ja." — Damals jubelte ihm Österreich und Ungarn zu. Hat sich die Lage verändert? Gewiß nicht! Wenn je ein Volk der Weltgeschichte, so führt das Deutsche einen Verteidigungskrieg und kein Ausgang — das sollten auch die Radikalen in Österreich nie vergessen — an der Westfront, berührt das Lebensinteresse Österreich-Ungarns wie das unsrige.

Vom Tage.

Wie soll Italien durchhalten?

V. Diese belagerte Frage wirft der „Corriere della Sera“ in einem Artikel über die Versorgungsfrage auf, ohne eine befriedigende Antwort finden zu können. Das Blatt spricht von den heute fast schon unerträglich gewordenen Lebensbedingungen und fährt fort: Wir brauchen Brot für unser Volk, gesunde und genügende Nahrung für unsere Soldaten, Rohlen und Rohstoffe für unsere nationale Erzeugung. Diese unerlässliche Regelung unserer Zufuhr ist aber ohne umfassende Hilfe unserer Verbündeten nicht möglich. Wenn sie ausbleiben sollte, können wir weder kämpfen noch durchhalten.

In Italien scheint also auch bei der Kriegspresse die Ahnung aufzudämmern, daß die Verratspolitik Volk und Land für ein Trugbild ins Glend geführt hat — in die immer mehr schwindende Hoffnung, die Vassallendienste von Großbritannien gut bezahlt zu erhalten. Aber den betrogenen Betrüger bedauert niemand.

Französische Angst vor den amerikanischen Freunden.

V. Stille Erregung herrscht in der französischen Industrie, namentlich in der Schwerindustrie, wegen des Eindringens der Amerikaner in die Erzeugungsgebiete Frankreichs. Amerikanische Großkaufleute und Großindustrielle sind nach Frankreich gekommen, lediglich um dort Fabriken zu gründen. Erzeugnisse der Schwerindustrie, z. B. der Lokomotivbau, haben das besondere Interesse der Amerikaner. Französische Beteiligung an diesen Neugründungen lehnen die Amerikaner ab, sie verlangen nur von der Regierung Konzessionen für ihre Pläne.

Die französischen Unternehmer sind wegen all dieser Dinge in lebhafter Verärgerung, und die drohende Konkurrenz treibt die nach einem Ausweg suchenden Gemüter zu dem immer lauter erklingenden Störfuss: Gott bewahre uns vor unseren Freunden!

Englands Verbrechen an Rumänien.

V. D. A. Feldman, der ehemalige rumänische Gesandte in Berlin, hält in der Rumänischen Zeitung eine bittere Abrechnung mit England, das er für die Katastrophe verantwortlich macht, die über sein Vaterland hereingebrochen sei. Mit salbigen Versprechungen habe England Rumänien ins Unglück gestürzt und ziehe heute seine Hand mitteillos zurück. Mit scharfen Worten geißelt Feldman das Programm der historischen Wiederherstellung, wie es Lloyd George für Rumänien entwickelt und kultiviert. Dafür mußte Rumänien in eine Katastrophe ohne Gleichen gestürzt werden! Dafür mußte Großbritannien an der rumänischen Petroleumindustrie die größte Brandstiftung dieses Weltkrieges vornehmen und unermeßliche Wert unseres Nationalreichtums zerstören.

Feldman erblickt nur in völliger Abkehr von der Politik der letzten Jahre noch eine Rettung für Rumänien und sagt: Mit der entscheidenden, selbstbewußten Rückkehr zur Politik unserer Väter, nur der anfrichtigen Anschließung an die Mittelmächte kann uns das Heil und die Zukunft unseres Vaterlandes verbürgen.

Der leere Magen des Englishmans.

V. Zum erstenmal hielt das englische Unterhaus eine Debatte während des Krieges ab auf Verlangen eines oppositionellen Abgeordneten, und zwar der Unterhausmitglied Deane. Verboten wurde über die Nahrungsvorsorge. Bittere Wahrheiten mußte dabei die Regierung geschildert haben, dafür wurden die Dinge, die sich vor dem Beginn der geheimen Verhandlungen ereigneten. So mußte ein konservativer Antrag, die Wehrpflicht auf Irland auszudehnen, abgelehnt werden, da die Regierung dagegen einwandte, für jeden irischen Rekruten müßten sechs englische Soldaten gegen die entstehenden Unruhen dahin geschickt werden. Und der ehemalige Marineminister Lupton führte aus, England habe im Jahre 1917 3 1/2 mal so viel Tonnage verloren als gebaut worden sei. Die Regierung mag so viel verbergen wie sie will, es wird ihr nicht gelingen, einen leeren Magen vor dem Mann zu verbergen, der ihn besitzt.

Sollten die Herren des Unterhauses doch etwas merken vor den Wirkungen des U-Boot-Krieges, die Lloyd George nicht sieht und die nach ihm nur deutsche Erfindungen sind?

Deutscher Heeresbericht.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus. Großes Hauptquartier, 22. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Ostlich von Operm war die Kampfaktivität der Artillerien am Tag und zu einzelnen Nachschüssen lebhaft. Mit kleinen Abteilungen versuchte der Engländer vergeblich an mehreren Stellen in Flandern in unsere Kampfzone einzudringen. — An der übrigen Front blieb die Gefechtsaktivität mäßig.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht. In den Argonnen nördlich von Le Four de Paris stehen französische Kompagnien nach tagsüber abhaltender Artilleriewirkung am Abend gegen unsere Stellungen vor. Sie wurden durch Feuer und im Nahkampf abgewiesen. — Auf dem östlichen Maasufer und in der Gegend von Fircy lebte das Artilleriefeuer zeitweilig auf.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der macedonischen und italienischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Großes Hauptquartier, 23. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Fast an den ganzen flandrischen Front war am Nachmittag der Feuerkampf gesteigert. Auch südlich von der Scarpe lebte die Gefechtsaktivität wieder auf. — Bei St. Quentin wurde bei erfolgreicher Durchdringung zahlreicher Gefundungen Gefangene eingebracht.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich von Sonain und nördlich von Avocourt folgten harter Feuerwirkung französische Vorkühe. In heftigen Nahkämpfen wurde der Feind zurückgeschlagen. Eigene Infanterieabteilungen drangen östlich von Malancourt in die feindlichen Gräben und kehrten mit einer Anzahl Gefangenen zurück. Zwischen Beaumont und Crans nahm die Artillerieaktivität zu.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Macedonische Front. Die Lage ist unverändert.

Italienische Front.

Zu beiden Seiten der Brenta Artilleriekampf.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Fast neun Millionen Tonnen.

U-Boots-Beute im Monat Dezember.

Amtlich wird gemeldet: Durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte sind im Monat Dezember 1917 insgesamt 702 000 Br.-Reg.-To. des für unsere Feinde nützlichen Handelschiffraumes vernichtet worden.

Damit erhöhen sich die bisherigen Erfolge des uneingeschränkten U-Boot-Krieges auf 8 988 000 Br.-Reg.-To. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Das Verankerungsergebnis des Monats Dezember ist in doppelter Hinsicht befriedigend. Es stellt sich um etwa 100 000 Tonnen höher als das des Monats November (607 000 Tonnen) und übertrifft auch das des September und Oktober noch um etwa 30 000 Tonnen. Sodann aber zeigt es, daß die militärische Leistung unserer U-Boote trotz des verminderten Verkehrs im Sperrgebiet sich immer auf gleicher Höhe hält.

Wieder 22 000 Tonnen versenkt.

Neue U-Boots-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 22 000 Br.-Reg.-To.

Unter den versenkten Schiffen, von denen die Mehrzahl tief beladen und bewaffnet war, konnte der bewaffnete französische Dampfer „Magellan“ (6285 To.) mit Salpeterladung von Chile nach Frankreich festgestellt werden; unter

Sonnenaufgang 7⁵⁷ Monduntergang 6⁰⁴ B.
Sonnenuntergang 4²⁸ Mondaufgang 1²⁴ R.
1712 Friedrich der Große geb. — 1798 Dichter Karl v. Dostel
geb. — 1867 Romanistritzeller Ernst Jahn geb. — 1883 Friedrich
v. Klotow, Komponist der Oper „Martha“, gest. — 1916 Deutsch-
englische Seeschlacht in der Nordsee, die zur Vernichtung eines
englischen Panzerkreuzers und dreier Torpedobootzerstörer führte;
auf deutscher Seite wird der Panzerkreuzer „Blücher“ vernichtet —
1917 Eroberung russischer Stellungen an der Ka in 10 Kilometer
Breite. — Ausgleichsabkommen zwischen Österreich und Ungarn
über Abgrenzung und Höhe auf 20 Jahre.

den übrigen vernichteten Schiffe befanden sich zwei größere
eigentliche Dampfer.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der Kreuzer „Breslau“ gesunken.

Amstich wird gemeldet: Am 20. Januar stießen
türkische Streikkräfte und zwar der Panzerkreuzer „Zul-
tan Jab-ül Selim“ (früher „Goeben“), der kleine Kreuzer
„Midilli“ (früher „Breslau“) und Torpedoboote auf
den Dardanellen gegen feindliche Streikkräfte vor, die
durch Fliegeraufklärung bei der Insel Imbros festgestellt
waren.

Ein großer und ein kleiner englischer Monitor wurden
vernichtet, ein Transportdampfer von 2000 Tonnen ver-
sank, mehrere Dampfschiffe beschädigt und die englische
Signalfunktion an der Kephalo-Bucht zerstört. Beim Rück-
marsch nach den Dardanellen ist der kleine Kreuzer
„Midilli“ durch mehrere Uferwassertreffer von Minen oder
Unterseebooten gesunken.

Sultan Javus Selim kam beim Einlaufen innerhalb
der Dardanellen an der Enge bei Nagara leicht fest; er
ist nicht, wie in der englischen amtlichen Meldung be-
hauptet wird, durch schwere Beschädigung auf Strand
geleitet.

Der Vorstoß zeigt von dem Angriffsgedanken der türki-
schen Flotte, die wagemutig trotz ihrer numerischen Unter-
legenheit den Feind aufsucht und ihn schlägt, wo sie ihn
findet.

Große U-Boot-Beute im Mittelmeer.

27.000 Tonnen versenkt.

Amstich wird gemeldet: Unsere U-Boote im Mittelmeer
waren kürzlich mit besonders gutem Erfolg gegen den
Transportverkehr nach Italien und den Orient tätig.
Sieben Dampfer und zwei Zerstörer mit rund 27.000 Br.-
Reg.-T. sind ihren Angriffen zum Opfer gefallen.

Den Hauptanteil an diesem Erfolge hat Kapitän-
leutnant Becker (Frank). Alle Dampfer, bis auf einen
waren bewaffnet und fuhren meist in stark gesicherten
Geleitzügen; unter ihnen konnten namentlich festgestellt
werden die englischen Dampfer „Egyptian Transport“,
„Steel Isle“, „Allanton“ und „Arab“, deren Vernichtung
für die Kriegswirtschaft unserer Feinde von besonderer
Bedeutung ist, weil mit ihnen 24.000 T. Kohlen verladen
gingen. Von den übrigen Dampfern hatte einer — der
sehr starken Detonation nach zu urteilen — Munition
geladen; ein anderer, anscheinend mit Reis tief beladener
Dampfer wurde im Artilleriegefecht zerstört, auf die
Klappen vor der Rüste der Cyrenaisa gesagt und dort
trotz Eingreifens einer Landbatterie vernichtet.

Die beiden Zerstörer mit den Namen „Guiseppa“ und
„San Antonio“ waren italienischer Nationalität; von ihnen
hatte ersterer Holsladung.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Raum ein Tag vergeht, ohne daß Versenkungen aus
Geleitzügen, auch aus stark gesicherten, gemeldet werden
können. Man nimmt sogar wahr, daß aus ein und dem-
selben Geleitzuge mehrere Dampfer herausgeschossen werden,
während früher meist nur ein Schiff des Zuges dem An-
griff zum Opfer fiel. Diese Steigerung unseres Erfolges
zeigt, daß auch das Geleitzugsystem nicht das von unseren
Feinden ersehnte unbedingt zuverlässige U-Boot-Abwehr-
mittel bietet.

Das Gefecht vor den Dardanellen.

Eine englische Darstellung.

Die englische Admiralität teilt folgende Einzelheiten
über das Gefecht vor den Dardanellen mit: „Goeben“ und
„Breslau“ kamen am frühen Morgen des 20. Januar aus
den Dardanellen heraus und griffen unsere Seestreitkräfte
nördlich von Imbros an mit dem Ergebnis, daß „Naglan“
und „M 28“ schwere Treffer erhielten und durch Geschüs-
sen zum Sinken gebracht wurden. Die feindlichen
Schiffe fuhren dann zur Bucht von Imbros weiter, wo
die „Breslau“ in eine unserer Minenfelder getrieben
wurde, auf eine Mine stieß und sank. Die „Goeben“ ver-
ließ sie unter Volldampf und wandte sich nach den Dar-
danellen. Als sich die „Goeben“ dem Eingang zu den
Dardanellen näherte, stieß sie ebenfalls auf eine Mine,
welche ihre Geschwindigkeit verminderte und verursachte,
daß sie sich hinten lenkte mit einer Schlagseite von
15 Grad. Schließlich setzte sie sich selbst auf Strand an
der Westseite von Kap Nagara. Wir haben 172 Über-
lebende von „Breslau“ gerettet, die jetzt als Kriegsgefangene
in unseren Händen sind.

Wien, 23. Jan. Der amtliche Seeresbericht meldet
unehelichendes Artilleriefeuer beiderseits der Brestta.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 23. Jan. In militärischem Vortrag beim Kaiser
und Generalfeldmarschall v. Hindenburg und Erster General-
adjutant v. Endersdorf heute früh hier eingetroffen.

Wien, 23. Jan. Der frühere Stellvertreter des Chefs des
Generalstabes Feldmarschalleutnant Franz v. Döcker ist
hitzig gestorben.

Osaka, 22. Jan. Die amerikanische Regierung hat für
10 Millionen Maschinengewehre und Patronen, die von
Holland gekauft waren beschlagnahmt.

London, 22. Jan. Amstich wird gemeldet, daß Car-
ton als Mitglied des Kriegskabinetts zurückge-
treten ist.

Rotterdam, 23. Jan. Die englische Admiralität will mit
Hilfe amerikanischer Schiffe einen verstärkten Schutz in der
Nordsee durchsetzen.

Rotterdam, 23. Jan. Nach einem drabtolen Bericht aus
London ist das alte Schulschiff „Charlotte“ nachts von der

Feinde vollständig verbrannt. Alle an Bord befindlichen
Personen sind gerettet.

Sofia, 23. Jan. Zwischen der bulgarischen und rumäni-
schen Regierung ist ein Abkommen betreffend die Ver-
sendung der beiderseitigen Internierten unterzeichnet
worden.

Yugoslavia, 23. Jan. Der italienische Lebensmittelform-
at Tripoli hat verfügt, daß vom 1. Februar ab Brot
mit 20 bis 30 % anderer Getreidearten vermisch werden aus-
genommen.

Schlusssdienst.

Druck- und Korrespondenz-Meldungen.

Schwerer im Hauptausfluß.

Berlin, 22. Jan. Im Hauptausfluß des Reichstages
beantragte Abg. Erberger Ausweisung der Verurteilten, bis
Marshall über die Vorgänge in Österreich gegeben werden könne.
Staatssekretär Ballat schlug vor, die Vorgänge in Öster-
reich erst im Anschluß an die Rede des Reichstages am
Donnerstag zu behandeln. Dieser Vorschlag wurde an-
genommen.

Eine bulgarische Regierungskommunikation über Brest-Litowsk.

Sofia, 22. Jan. Das Organ des bulgarischen Haupt-
quartiers und des Kriegsministeriums „Borin Iswestia“ be-
zeichnet die Fortsetzung der Verhandlungen in Brest-Litowsk
als einen ungeheuren Erfolg für den ganzen Verbund. Dieser
neue Erfolg baue sich auf den aufrechten Absichten des Vier-
bundes auf, der alles tun wolle, um die gegenseitigen Bande
mit Rußland gelunden zu lassen.

Freude in Sofia.

Sofia, 22. Jan. Allgemeine Freude bereitet hier das
erste direkte Telegramm aus Petersburg, das über die An-
kunft einer bulgarischen Abordnung mit Tschapradskow, dem
früheren bulgarischen Gesandten in Belgrad an der Spitze,
berichtet. Man nimmt die Tatsache der Anwesenheit einer
offiziellen bulgarischen Abordnung in Petersburg als ein
gutes Zeichen für den günstigen Ausgang der Dinge mit
Rußland.

Schweden zur Alandsfrage.

Stockholm, 22. Jan. Schwedische Blätter nennen Staats-
sekretär v. Rühlmanns Initiative in der Alandsfrage einen
überaus glücklichen diplomatischen Zug. Der Staats-
sekretär habe recht, wenn er annimmt, daß der Wunsch des
schwedischen Volkes dahin gehe: durch friedliche Verhandlung
mit den Uferstaaten der Ostsee baldmöglichst eine Lösung der
für Schweden so wichtigen Fragen zu erzielen. Das schwedische
Volk werde mit großer allgemeiner Begeisterung die Aussicht
bevorzugen, bei den Verhandlungen über die Alandsfrage in
Brest-Litowsk vertreten zu sein.

Rußland Venin nach Brest-Litowsk?

Russische Grenze, 22. Jan. Die „Pravda“ meldet, der
Exekutionsausfluß der Sowjetd. verlange, daß Venin abh-
nach Brest-Litowsk gehe und an den Verhandlungen teil-
nehme.

Strasenkämpfe in Petersburg.

Schweizer Grenze, 22. Jan. „Corriere della Sera“ meldet
aus Petersburg, daß die Strasenkämpfe in der Hauptstadt
ihren Höhepunkt am 18. Januar erreichten. In der Stadt
wurden Barricaden errichtet und maximale Truppen
und Matrosen kämpften in verschiedenen Stadtvierteln
gegen bewaffnete Bürgerliche. Bei den Unruhen am
Sonntag durch den Zusammenstoß zwischen der roten
Garde und den Manifestanten wurden 15 Personen getötet
und 94 verletzt.

Die Wehrpflicht abgeschafft.

Basel, 22. Jan. Die „Basler Nachrichten“ melden aus
Petersburg: Durch Beschluß des obersten Ratifikations-
kollegiums wurde die allgemeine Wehrpflicht bei der russischen Flotte
abgeschafft, eine ähnliche Verfügung steht für die übrigen
Wassergattungen bevor.

Kongress der Arbeiter und Soldatenräte.

Russische Grenze, 22. Jan. An dem in Petersburg statt-
findenden Generalkongress der Arbeiter und Soldatenräte
nehmen über 2000 Delegierte teil. Der Kongress erklärte
sich für die einzige rechtmäßige Volksvertretung. Venin und
Trotski haben programmatische Reden angekündigt. Venin
wird die Auflösung der Konstantine rechtfertigen, während
Trotski über die internationalen Beziehungen Rußlands
und über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk
Bericht erstatten.

Kornilow wartet auf seine Stunde.

Genf, 22. Jan. Daraus berichtet aus Petersburg: General
Kornilow erklärte einem Vertreter des „Niro Rossi“: Der
Zugewandte zum Dandeln sei noch nicht gekommen, er verzweifle
jedoch noch nicht und lege seine Tätigkeit fort. Kornilow
befindet sich in einer einsamen Gegend im Südwesten Ruß-
lands und hat nur 10 Getreue um sich.

Rumänien's Antwort.

Petersburg (Indirekt), 22. Jan. Der rumänische Geschäfts-
träger in Petersburg überreichte dem Kommissariat des Aus-
wärtigen eine Note seiner Regierung, die sich gegen das
russische Ultimatum an Rumänien wendet. In der Note wird
ausgeführt, daß die in Betracht kommenden verhandelten öster-
reichisch-ungarischen Offiziere von den rumänischen Militär-
behörden wieder freigelassen worden seien. Die Angaben des
Volksrecht-Ultimatums trügen sich anscheinend auf übertriebene
Berichte.

Carlson „parteilich“ rücktritt.

Osaka, 22. Jan. Carlson, der aus dem englischen Kriegs-
kabinett ausgeschieden ist, bleibt Minister für Island. Sein
Rücktritt ist auf die ungünstigen Aussichten der irischen Kon-
vention zurückzuführen.

Vermehrung der englischen Seestreitmacht.

Osaka, 22. Jan. Das englische Unterhaus hat den Ge-
setzesentwurf zur Vermehrung der englischen Seestreitmacht in
dritter Lesung angenommen.

Deutschfreundliche Stimmung in Japan.

Amsterdam, 22. Jan. Der japanische Generalkonsul
Tanaka, der als die rechte Hand des japanischen Kriegs-
ministers gilt, sprach in einer vielbesprochenen Rede seine
Bewunderung für die deutsche Organisation und die Vater-
landsliebe des deutschen Volkes aus. Es sei die Pflicht
der Japaner, bald nach dem Friedensschluß den mächtigen
Germanen die Hand wahrer Freundschaft entgegenzustrecken.
Einen Boden für eine antideutsche Orientierung werde es
in Japan nicht geben.

Kein Getreide aus Australien.

Amsterdam, 22. Jan. „Daily Mail“ erfährt aus Sidney,
daß die gegenwärtige australische Getreideernte im nächsten
Jahre nicht über See verfrachtet werden könne. Die
heutige Ernte wird auf insgesamt 120 Millionen Bushels ge-
schätzt, wovon 10 Millionen für den Verbrauch in Australien
notwendig sind.

Hollands Schiffadkommen mit Amerika.

Rotterdam, 22. Jan. Aus Washington wird gemeldet:
In der Denaturierung wurde mitgeteilt, daß die holländische
Regierung das Abkommen über die in den amerikanischen
Wässern liegenden holländischen Schiffe unterzeichnet hat. Die
holländischen Schiffe dürfen nicht in der Sperrzone verwendet
werden.

Oertliche und Provinznachrichten.

Sachsenburg, 23. Januar.

Der Verordnungsminister. Von einer Nachbesserung
ist die Meinung der Reichsregierung, es handle sich
um eine grundlegende Änderung des bisherigen Systems unserer
Lebensmittelpolitik in Vorbereitung der zur Verwirklichung
aller vorhandenen Vorteile hat der Konsumatörverbände
und Verbraucherschutzvereine konsolidierte Er-
satzorganisationen einzuwirken werden. Das Kriegs-
kriegsministerium erstarrt dann, diese Regelung entsprechen-
den Maßnahmen mitzuteilen ist, hat das Kriegs-
ministerium, das eine von verschiedenen landwirtschaft-
lichen Interessenvertretungen einseitige Denkschrift, die diesen
Plan verfolgt, Gegenstand der noch fortwährenden Be-
sprechungen im Kriegsverwaltungsrat ist. Weder der Vor-
stand noch der Beirat des Kriegsverwaltungsrates haben
sich mit dem Vorstoß beschäftigt. Von einer erfolgten Ent-
scheidung des Staatssekretärs lang kann keine Rede sein.

Familienunterstützungen für kriegsgetragene Ehe-
frauen. Die unmittelbar nach der Eheschließung unter-
stützungsbedürftig werden, sind nach einem neueren Erlass
des preussischen Ministers des Innern von demjenigen
Ehepartnerverband zu zahlen, in dem die Ehefrau vor der
Eheschließung ihren gewöhnlichen Aufenthalt gehabt hat.
Ist die Unterstützungsbefähigung kriegsgetragener Ehe-
frauen erst geraume Zeit nach der Eheschließung einge-
treten, so richtet sich die Zuständigkeit der Unterstützungs-
verbände nach dem derzeitigen gewöhnlichen Aufenthaltsort
der Frauen. Vorbehaltlich Kindern oder Kindern erster
Ehe, die von kriegsgetragenen Ehefrauen mit in die Ehe
gebracht worden, soll in Gemeinschaft mit der Mutter
Familienunterstützung gewährt werden, auch wenn der
Ehemann bisher für diese Kinder nicht gesorgt hat. In
diesen Fällen kann ohne besondere Feststellung angenommen
werden, daß der Ehemann in Zukunft für sie sorgen will,
und daß das Unterstützungsbedürfnis mit der Eheschließung
und erst nach seinem Eintritt hervorgetreten ist.
Sobald die Kinder unbefristet schon vorher Familienunter-
stützung erhalten oder die rechtliche Stellung ehelicher
Kinder nicht erlangt, so ist eine Familienunterstützung nicht
anzunehmen, vielmehr ist der bisher verpflichtete Unterstützungs-
verband auch fernerhin für die Zahlung der Familien-
unterstützung an sie zuständig, selbst wenn die Kinder sich
jetzt im Haushalt der Mutter befinden.

Einpruch der Kriegsteilnehmer gegen Steuer-
erhöhungen. Bei kriegsteilnehmenden, die auch
während des Krieges zu Steuerleistungen herangezogen
werden müssen die Angehörigen, denen die Veranlagung
zusteht, wird, dafür Sorge zu tragen, daß die Steuerbehörde
von der Kriegsteilnehmerhaft der Steuerzahler unter-
richtet wird. Vielfach wird die Steuerbehörde in nicht
bazon, und so kann es kommen, daß unrichtig Militär-
entkommen oder kriegsteilnehmer Einkommen zur Veran-
lagung herangezogen wird. Die Tatsache der Kriegsteil-
nehmerhaft hat, neben der Steuererleichterung, auch in
der Regel Einfluß auf die Frist für etwaige Einprüche
und Verurteilungen gegen die Veranlagung. Während näm-
lich in Preußen, Oldenburg, Sachsen-Weimar, Braun-
schweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha (hier
für Einkommen über 2000 Mark), Sachsen-Meiningen,
Sippe-Deimold, Schumburg-Kippe, Schwarzburg-Sonders-
hausen und Lübeck die Frist für die Einlegung
eines Einspruchs vier Wochen, in Mecklenburg
einen Monat, im Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha für
Einkommen unter 2000 Mark zwei Wochen, in Sachsen-
Meiningen allgemein 14 Tage, im Königreich Sachsen drei
Wochen nach Aufstellung der Veranlagung beträgt,
in denen innerhalb der beiden ersten Monate des Steuer-
jahres (April-Mai) Veranlagung erfolgen kann, und in
Neub. v. L. die Frist jeweils bis zum 15. Juni läuft,
braucht während des Krieges die gesetzliche Frist für die
Einlegung des Einspruchs nicht wahrgenommen zu werden,
so daß die Möglichkeit gewahrt bleibt, die Veranlagung
auch später, d. h. nach Beendigung der Kriegsteilnehmer-
schaft bzw. des Krieges, anzufechten. Das Gleiche gilt für
Neub. v. L. für Angehörige mobiler Truppenteile. In
Bayern ist für Kriegsteilnehmer die Frist für Einlegung
einer Berufung oder eines Einspruchs auf sechs Monate
nach Beendigung der Kriegsteilnehmerhaft verlängert.
In Württemberg, wo die Beschränkung zwei Wochen be-
trägt, sind zwar Ausnahmen für die Kriegsteilnehmer
nicht gemacht, doch werden Ausnahmefälle vom Königlichem
Steuerkollegium, Abteilung für direkte Steuern, aus
Billigkeitsgründen in weitgehendem Maße berücksichtigt.
Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß nach reichs-
gesetzlicher Bestimmung die Zwangsvollstreckung gegen
Kriegsteilnehmer teils ganz unzulässig ist, teils gewissen
Beschränkungen unterliegt.

Kirchliche Feiertage des Geburtstags des Kaisers. Das
Königl. Konsistorium hat eine Verfügung erlassen, worin
die Geistlichen und Kirchenvorstände veranlaßt werden,
da in diesem Jahr die Kaisergeburtstagsfeier auf einen
Sonntag fällt, für eine entsprechende Ausgestaltung des
Gottesdienstes Sorge zu tragen und namentlich die Ein-
ladung der staatlichen und gemeindlichen Behörden, sowie
der Kriegervereine und sonstiger in Betracht kommenden
vaterländischen Vereinigungen nicht außer acht zu lassen.
Während die bisherigen Sammlungen an den Geburts-
tagen des Kaisers in der Kriegszeit ausschließlich den
Kriegern zugute gekommen sind, soll die Sammlung
dieses Jahres zur Förderung der weiblichen Liebesarbeit
dienen, die sich in diesem ungeheuren Krieg oft unter
den größten Schwierigkeiten aufs glänzendste bewährt
hat und neben den alten immer neue, vielseitige, unend-
lich schwere Aufgaben in Angriff nehmen muß. Weil
sie dem Aufbau des deutschen Volkstums im In- und
Ausland dient, darf sie auch auf die tatkräftige Unter-
stützung der Landeskirche rechnen.

Neue Nachmusterungen? Eine erneute
Nachmusterung der zeitlich Untauglichen findet im Kreis

